

Vorlage Nr.: 2026/0590

Verantwortlich: **Dez. 2**

Dienststelle: **Ordnungs- und
Bürgeramt**

Handlungsschwerpunkte im Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Haupt- und Finanzausschuss	13.10.2026	1.2	Ö	Kenntnisnahme

Kurzfassung

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den als Anlage beigefügten Tätigkeitsbericht des Ordnungs- und Bürgeramtes für das Jahr 2025 zur Kenntnis.

Auf die Handlungsschwerpunkte im Bereich der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung beziehungsweise des Ordnungs- und Bürgeramtes insgesamt wird in einem mündlichen Vortrag näher eingegangen.

Finanzielle Auswirkungen	Ja ☐ Nein ☒	
☐ Investition ☐ Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung ☐ bereits vollständig budgetiert ☐ teilweise budgetiert ☐ nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch ☐ Mehrerträge/-einzahlung ☐ Wegfall bestehender Aufgaben ☐ Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.

CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)		Nein ☒	Ja ☐	positiv ☐ negativ ☐	geringfügig ☐ erheblich ☐
IQ-relevant	Nein ☒	Ja ☐	Korridorthema:		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein ☒	Ja ☐	abgestimmt mit		

Erläuterungen

Das Ordnungs- und Bürgeramt hat den in der Anlage beigefügten Bericht „Öffentliche Sicherheit und Bürgerservice 2025“ erstellt. Dieser gibt einen kompakten Überblick zu den wesentlichen Aufgaben und Herausforderungen des Ordnungs- und Bürgeramtes aus dem vergangenen Jahr.

Im Einzelnen kann folgender Gesamtüberblick für das Jahr 2025 über das Ordnungs- und Bürgeramt gegeben werden:

Bürgerangelegenheiten (Bürgerbüros und 115)

Insgesamt stellt sich die Leistungsfähigkeit der Abteilung Bürgerangelegenheiten als stabil und vergleichbar mit den vergangenen Jahren dar. Es ist festzustellen, dass im Jahr 2025 mehr Personen nach Karlsruhe zugezogen als weggezogen sind. Die meisten Anmeldungen sind zu Beginn des Wintersemesters in den Monaten September und Oktober festzustellen. Insgesamt betrachtet gibt es jedoch einen deutlichen Rückgang an Meldevorgängen. Reisepässe und Personalausweise waren insbesondere vor den Ferienzeiten stark nachgefragt. Ausweisdokumente erreichten ihre Spitzenwerte in den Sommermonaten. Danach fällt generell die Nachfrage ab. Mit der Einführung des virtuellen Amtes wurde ein neuer, digitaler Zugangskanal zu den Bürgerangelegenheiten geschaffen, der sehr gut angenommen wird. Das Anrufvolumen im 115-Servicecenter von Stadt und Landkreis Karlsruhe ist gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Dies ist insbesondere auf zwei Maßnahmen zurückzuführen, die ab April 2025 umgesetzt wurden. Zum einen erfolgte die stufenweise Migration der verschiedenen Servicenummern des Ordnungs- und Bürgeramtes auf die 115, die sich über das gesamte Jahr erstreckte, zudem wurde das Sprachdialogsystem erweitert, wodurch wiederkehrende Anfragen bereits vor dem persönlichen Kontakt beantwortet werden konnten. Dadurch ließen sich die telefonischen Ressourcen gezielt für komplexere und beratungsintensive Anliegen einsetzen.

Straßenverkehr

Im Bereich des Straßenverkehrs kam es im Jahr 2025 zu einem Rückgang der Todesopfer bei Verkehrsunfällen. Insgesamt sind 2025 drei Personen tödlich verunglückt (im Vorjahr sieben). Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Beteiligung von Radfahrenden bleibt jedoch auf einem hohen Niveau. Die festgestellten Unfallursachen zeigen, dass insbesondere Vorfahrtsmissachtungen, Abbiegefehler, nicht angepasste Geschwindigkeit sowie Fehler beim Einfahren in den fließenden Verkehr weiterhin wesentliche Gründe für Verkehrsunfälle darstellen. Die Stadt Karlsruhe ist Teil des Teams „Vision Zero“. Mit der Initiative des Landes Baden-Württemberg wird das übergeordnete Ziel von null Verkehrstoten und null Schwerverletzten im Straßenverkehr verfolgt. In diesem Rahmen prüft die ämterübergreifende Karlsruher Unfallkommission regelmäßig bedeutende Unfallhäufungsstellen auch mit Beteiligung der Polizei und der Verkehrsbetriebe, um Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu eruieren. Darüber hinaus steht die Verkehrssicherheit bei Planung, Bau und Betrieb verkehrlicher Anlagen im klaren Fokus.

Polizeibehörde, KOD und Verkehrsüberwachung

Die Lage der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung stellt sich insgesamt als stabil dar. Während die Zahl der gemeldeten Fälle häuslicher Gewalt gegenüber dem Vorjahr um knapp 50 Fälle zurückgegangen ist, sind die Versammlungszahlen weiter angestiegen. Eine deutliche Zunahme ist zudem bei den Meldungen über psychisch auffällige Personen um mehr als 200 Fälle festzustellen. Damit erreichen die Fallzahlen wieder das Niveau der Jahre während der Corona-Pandemie; die Ursachen für diese Entwicklung lassen sich anhand der vorliegenden Daten nicht beurteilen.

Die jeweils erweiterten Bereiche um den „Marktplatz“ und die „Amalienstraße“ sowie der Hauptbahnhof Karlsruhe wurden auch 2025 als sogenannte „gefährliche Orte“ durch den Polizeivollzugsdienst eingestuft, in denen aufgrund der dort festgestellten Lage besondere polizeiliche Befugnisse zur Gefahrenabwehr bestehen. Mit Ausnahme des Hauptbahnhofes gilt ergänzend in diesen Bereichen seit dem Jahr 2026 die städtischerseits erlassenen Waffen- und Messerverbotzonen, die insbesondere dem präventiven Schutz

vor Gewalt und dem Mitführen gefährlicher Gegenstände im öffentlichen Raum dient. Eine im Mai dieses Jahres an das Innenministerium Baden-Württemberg übermittelte Evaluation zeigt, dass seit Inkrafttreten der Waffen- und Messerverbotszone 12 Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet und 11 Bußgeldbescheide mit einer durchschnittlichen Geldbuße von 1.000 Euro erlassen wurden; insgesamt wurden dabei 11 Messer festgestellt. Eine Folgemeldung an das Ministerium erfolgt im kommenden Jahr für den Zeitraum April 2026 bis April 2027.

Ein Sachstandsbericht zur Straßenprostitution in Karlsruhe ist der Vorlage 2026/0591 beziehungsweise 2026/0474 zu entnehmen.

Für den Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) steht aktuell kein Einsatzprogramm zur Verfügung, sodass für diesen Bereich keine Kennzahlen ausgewiesen werden können. An der Neubeschaffung eines Einsatzprogramms wird mit Hochdruck gearbeitet. Die Anforderungen an regelmäßige und insbesondere nachhaltige Kontrollen durch den KOD sind weiterhin vielfältig und werden wie auch in anderen Aufgabenbereichen maßgeblich durch politische und gesellschaftliche Erwartungen geprägt. Gleichzeitig sind die hierfür zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen insgesamt begrenzt, sodass eine zunehmende Priorisierung der Anforderungen an Präsenz und Kontrollen erforderlich ist.

Im Bereich des ruhenden Verkehrs ist die Zahl der erfassten Fälle von 153.691 im Jahr 2024 auf 146.613 leicht zurückgegangen. Bei den Abschleppmaßnahmen an Carsharing-Stellplätzen ist ein deutlicher Rückgang festzustellen, der vermutlich auf die zwischenzeitlich erfolgte Nachbeschilderung der Stellplätze zurückzuführen ist.

Standesamt und Staatsangehörigkeitsbehörde

Im Standesamt stand vor allem die zum Mai 2025 in Kraft getretene Reform des Namensrechts und die Umsetzung des seit November 2024 geltenden Selbstbestimmungsgesetzes (SBGG) im Mittelpunkt. Das neue SBGG ermöglicht transgeschlechtlichen, intergeschlechtlichen und nicht-binären Personen, ihren Geschlechtseintrag und ihre Vornamen durch eine Erklärung beim Standesamt zu ändern. Durch das neue Namensrecht haben Bürgerinnen und Bürger nun deutlich mehr Möglichkeiten bei der Wahl und Gestaltung von Familien- und Geburtsnamen.

Für das Standesamt bedeutete dies neue Verfahrensabläufe, einen erhöhten Beratungsbedarf sowie die Bearbeitung und Weiterleitung der entsprechenden Erklärungen und Änderungen in den Personenstandsregistern.

In der Staatsangehörigkeitsbehörde war die Umsetzung des modernisierten Staatsangehörigkeitsrechts ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt. Die seit 2024 geltenden Regelungen führten unter anderem zu einer erleichterten Möglichkeit der Mehrstaatigkeit und zu einer Verkürzung der regulären Aufenthaltszeit für eine Einbürgerung.

Durch eine Umstellung des Prozesses der Antragstellung Ende 2024 gab es 2025 einen weiteren Anstieg an Antragszahlen. Durch die Einstellung von neuem Personal und durch organisatorische Maßnahmen konnten 2025 so viele Anträge verbeschieden werden wie noch nie.

Ausländerbehörde

Im Jahr 2025 verzeichnete die Ausländerbehörde eine hohe Personalkontinuität, verbunden mit einer zuverlässigen Aufgabenerledigung. Die Rechtsangelegenheiten wurden weitgehend fristgerecht bearbeitet. Termine konnten rechtzeitig gewährleistet werden. Insgesamt wurde eine hohe Bearbeitungsqualität erreicht, was zu einem geringen Beschwerdeaufkommen führte.

Lebensmittel- und Veterinärwesen

In der Abteilung Lebensmittel und Veterinärwesen hat sich im Sachgebiet Lebensmittelüberwachung die Zahl der gemeldeten Lebensmittelbetriebe im Jahr 2025 leicht erhöht. Die angeforderten Proben von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen konnten in vollem Umfang erhoben werden. Da seit Mitte des Jahres die Stelle eines*r Lebensmittelkontrolleurs*in wegen der Besetzungssperre fehlt, hat sich die Zahl der Routine- und Anlasskontrollen reduziert. Aktuell kann aber noch von einem kontinuierlich hohen und

stabilen Schutzniveau und damit einer sehr geringen Gesundheitsgefährdung für die Verbraucherinnen und Verbraucher ausgegangen werden.

Im Sachgebiet Veterinärwesen wurden aufgrund von Schwerpunktaktionen überdurchschnittlich viele Tierhaltungskontrollen durchgeführt. Dies führte zu einer höheren Zahl von Anordnungen, vor allem im Bereich Tierschutz. Es mussten, neben anderen Haustieren, fast 50 Katzen eingezogen werden, von denen über die Hälfte aus einem schweren Fall von Animal Hoarding resultierten und wegen des schlechten Gesundheitszustandes hohe Folgekosten für die Behörde verursachten. Neben zahlreichen Heimtieren wurden 2025 auch zwei Pferde eingezogen.